

BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Landtagsabgeordneten MMag.^a Julia Malle, Felix Stadler, Bsc, David Ellensohn, Mag.^a Heidemarie Sequenz, Ömer Öztas (GRÜNE) eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 13.9.2021 zum Verlangen gemäß § 120 Abs. 4 WStV zum Thema "Beste Schulen für alle Wiener Schüler*innen: Wien muss endlich langfristige Maßnahmen zur Verbesserung im Pflichtschulbereich für alle Schüler*innen setzen, statt mit verkorksten Pinken Schnellschüssen viele Verlierer*innen zu verursachen."

betreffend Transparenz bei der Vergabe der Lehrer*innenplanstellen und Offenlegung der verteilten Ressourcen nach Schulstandort

B E G R Ü N D U N G

Ein „einfacheres und transparenteres System für eine gerechtere Ressourcenverteilung“ sollte die Neugestaltung der Vergabe von Lehrer*innenplanstellen laut Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr werden. Was als „ehrliche Reform“ angekündigt wurde führte jedoch weder zu mehr Gerechtigkeit noch zu mehr Transparenz. Ganz im Gegenteil: Die sogenannte „Reform“ hat massive Kürzungen der Stundenkontingente an Wiens Pflichtschulen zur Folge und auch die einfache Nachvollziehbarkeit der Stundenverteilung wurde nicht eingelöst. Viele Schulen mussten erfolgreiche Sozialprojekte über Nacht einstellen, die Planungen für das heurige Schuljahr verwerfen, Mehrstufenklassen auflösen und Inklusionsklassen beenden. Zudem sind auch jene Schulen, die durch die Einführung des Mini-Chancenindex profitieren sollten, von starken Kürzungen betroffen. Und dies, obwohl für dieses Schuljahr 130 Lehrer*innenplanstellen mehr von Seiten des Bundes zur Verfügung stehen.

Nach massiven Protesten von Lehrer*innen, Schüler*innen, Eltern und Direktor*innen wurden noch kurz vor dem Sommer zusätzliche Stunden – sogenannte Übergangszuschläge und Zusatzstunden – zur Abfederung der Kürzungen bereitgestellt. Diese insgesamt rd. 5000 Stunden wurden jedoch ohne fixe Kriterien und völlig intransparent an die Schulen verteilt. Es ist nach wie vor völlig unklar, warum bei welchen Schulen Kürzungen vorgenommen wurden, wohin die zusätzlichen Lehrer*innenstunden verteilt wurden und wieso viele Zusatzprojekte an Schulen gekürzt wurden.

Die misslungene „Reform“ durch die intransparente Vergabe von einmaligen Zusatzstunden retten zu wollen, kann nicht gelingen, sondern bedeutet einen weiteren Schritt hin zu mehr Intransparenz und Ungerechtigkeit.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag möge beschließen:

Das für Bildung zuständige Mitglied der Landesregierung, Christoph Wiederkehr, soll dafür Sorge tragen, die für das Schuljahr 2021/22 endgültig verteilten Lehrer*innenplanstellen offenzulegen sowie die Ressourcenverteilung, welche den Vergleich mit dem Schuljahr 2020/21 ermöglicht, transparent zu machen. Um keine Wertung zwischen Schulen hervorzurufen, sollen die Schulstandorte anonymisiert veröffentlicht werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 13.09.2021